

LECTURA

Dauernd Stoff vom Arzt

Ohne Antibiotika würden viele Nutztiere bis zur Schlachtung gar nicht überleben – ein gutes Geschäft für Tiermediziner.

Andreas Wilms-Schulze Kump ist Tierarzt und für einige seiner Kollegen die Inkarnation des Bösen. Er hat sich auf die Betreuung von Hühnern und Schweinen in der industriellen Massentierhaltung spezialisiert. Wilms arbeitet für den Wiesenhof-Konzern, die Rothkötter-Gruppe und andere große Fleischunternehmen. Gemeinsam mit den 13 fest bei ihm angestellten Tierärzten erzielt er einen Jahresumsatz im mittleren siebenstelligen Bereich. In einem Viertel aller Hühnerställe in Deutschland ist er für die Tiergesundheit verantwortlich. Die Ladefläche seines weißen Mercedes Vito ist vollgestellt mit Plastikkanistern, in denen Arznei herumschwappt.

Großveterinäre wie er unterstützen das System der industriellen Tierproduktion. Durch den häufigen Einsatz von Antibiotika trieben sie die Resistenzentwicklung von Keimen wie MRSA oder ESBL-Bildner voran, kritisiert das Tierärztliche Forum für verantwortbare Landwirtschaft, eine Verbindung von 140 kritischen Veterinären. Je öfter sie verabreicht werden, umso mehr Keime überleben, die zufälligerweise gegen die Antibiotika resistent sind, und vermehren sich. Untersuchungen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben gezeigt, dass 70 bis 100 Prozent aller Masttiere mit Antibiotika behandelt wurden. Ein Leben ohne kennen sie nicht.

"Die tierärztliche Betreuung stellt eine Schlüsselposition für den wirtschaftlichen Erfolg im Betrieb dar", wirbt eine tierärztliche Großpraxis im Internet für ihre Dienste. "Die Tierproduktion muss günstig bleiben, und wir müssen dafür sorgen, dass der Bauer weiter Gewinne macht", sagt ein Tierarzt aus Bayern. Auf der Webseite von Wilms' Praxis heißt es, das Ziel sei, "die Optimierung des Tierbestandes voranzutreiben". Tierärzte sind heute nicht nur Heiler, sondern oft auch Unternehmensberater.

Spezialisierte tierärztliche Großpraxen haben sich am besten darauf eingestellt. Diese Veterinärunternehmen heißen agro prax, Vet-Team, Am Bergweg GmbH oder WEK – das ist die Praxis von Andreas Wilms. Sie bieten die sogenannte Bestandsbetreuung für Megaställe an, stellen aber nur einen kleinen Teil der insgesamt rund 12.000 in Deutschland niedergelassenen Veterinäre.

Hierzulande sind Tierärzte Arzt und Apotheker zugleich. Sie verdienen also an jedem von ihnen verschriebenen Medikament. Nach Aussagen von Veterinären macht der Arzneiverkauf zwischen 50 und 80 Prozent der Einnahmen einer Praxis aus. Weil Tierärzte im Geflügel- und Schweinebereich ihre Behandlungsarbeit oft gar nicht erst abrechnen, sondern diese durch Einnahmen aus der Medikamentenabgabe querfinanzieren, stammen manchmal fast ihre gesamten Einnahmen aus dem Arzneiverkauf. Antibiotika würden davon etwa die Hälfte ausmachen.

Erst seit 2011 wird in Deutschland erhoben, wie viele Antibiotika an Tiere abgegeben werden. Auf den ersten Blick sieht es ganz gut aus: Verschrieben die Tierärzte vor drei Jahren noch 1706 Tonnen pro Jahr, waren es 2013 bereits 250 Tonnen weniger. Das klingt nach einer großen Reduktion, aber im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit noch immer auf Platz vier. Schweinen, Hühnern und Kühen werden hierzulande mehr als doppelt so viele Antibiotika verabreicht wie den Menschen. Zudem habe in Frankreich, den Niederlanden und Dänemark in den vergangenen Jahren eine "erheblichere Reduktion" stattgefunden als in Deutschland; heißt es in einem wenige Wochen alten Gutachten der Bundesregierung. Davon ganz abgesehen: Zwar ging die absolute Menge der eingesetzten Antibiotika zurück. Allerdings stieg der Einsatz von Reserveantibiotika bei einzelnen Wirkstoffklassen um bis zu 50 Prozent. Das hat auch einen Grund: Veterinäre können mit diesen hoch dosierten Reserveantibiotika viel mehr Tiere behandeln. Kritische Tierärzte vom Forum für verantwortbare Landwirtschaft schätzen, dass man mit dem Reservemedikament Baytril 40 Mal mehr Schweine versorgen könnte als mit "älteren" Antibiotika. Korrekt gerechnet, sei der Antibiotikaeinsatz daher bloß um magere 5 Prozent gesunken – und nicht, wie offiziell behauptet, um 15 Prozent.